



CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 56/Mai 2014

BKA: Drittes Umsiedelungsverfahren eingeleitet

Garzweiler II: Mehr Fragen als Antworten

Der Braunkohlenausschuss für das Rheinische Revier hat auf seiner Sitzung am 28. April den Beschluss zur Umsiedelung der Orte Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestricht sowie Berverath mit großer Mehrheit gefasst und das Verfahren damit eingeleitet. Lediglich die Linke stimmte dagegen. Braunkohlenausschussvorsitzender Stefan Götz (CDU) zeigte sich zufrieden, dass für den nun folgenden 3. Umsiedlungsabschnitt Klarheit besteht. „Die durch die Landesregierung ausgelösten Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit bezüglich der Zukunft von Garzweiler II haben die Vorbereitung des Beschlusses nicht einfach gemacht. Viele Unsicherheiten und falsche Interpretationen mussten im Vorfeld ausgeräumt werden. Umso erleichterter bin ich, dass der Beschluss in der heutigen Sitzung einigermaßen reibungslos und im Konsens gefasst werden konnte.“

Götz wies zu Beginn der Sitzung nochmal darauf hin, dass es nicht um

den vierten Abgrabungsabschnitt ab 2030 und die dadurch ggf. notwendige Umsiedelung weiterer Ortschaften geht. Dazu können frühestens Mitte 2015 belastbare Aussagen gemacht werden, wenn die Landesregierung die angekündigte Leitentscheidung gefällt hat.

Die Bürgerinnen und Bürger der Orte Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestricht und Berverath haben nun Gewissheit, dass sie wie bisher geplant in den nächsten Jahren an den Standort Erkelenz-Nord umgesiedelt werden. Baureife Grundstücke sollen Anfang 2017 zur Verfügung stehen.

Während der Sitzung des Braunkohlenausschusses demonstrierten einige Dutzend Mitarbeiter von RWE Power vor dem Sitz der Bezirksregierung Köln. Sie kritisierten vor allem die Entscheidung der Landesregierung, den Braunkohlentagebau Garzweiler II zu verkleinern. So soll die Erkelenzer Ortschaft Holzweiler

nicht mehr abgebaggt werden. Nach Aussage der Gewerkschaft IG BCE hängen rund 35.000 Arbeitsplätze an der Braunkohle. Viele Menschen hätten jetzt Angst um ihre Arbeitsplätze, weil die Braunkohlenverstromung im Rheinischen Revier auslaufe, sagt Manfred Maresch von der IG BCE Alsdorf.



„Hände weg von der Braunkohle“ forderten Mitarbeiter von RWE Power vor dem Sitz der Bezirksregierung Köln

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



neben der europäischen Finanzkrise beschäftigt und betrifft wohl kein Thema die Deutschen so dauerhaft wie die Energiewende. Jahrhundertprojekt, Generationenprojekt, Vorbild für die ganze Welt. Der Druck auf die Beteiligten aus Politik und Wirtschaft wird allein durch solche Titulierungen deutlich. Die Energiewende ist eine höchst diffizile Angelegenheit mit sehr vielen Stellschrauben, die es zu justieren gibt. Nur Gewinner wird es dabei nicht geben können. Die Umstellung auf ein energieeffizientes und im Wesentlichen auf erneuerbaren Energien beruhendes Energiesystem bis 2050 erfordert bis dahin ein Zusammenwirken auf mehreren Spielfeldern. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Nutzung der hieraus gewonnenen Energie kann in Zukunft nur bezahlbar und effektiv genutzt werden, wenn zudem der Netzausbau voranschreitet und wirtschaftliche Speichertechnologien entwickelt werden. Bis hier eine Gleichzeitigkeit in den Entwicklungen geschaffen ist, wird die Energiewende weiterhin durch eine fossile Stromerzeugung begleitet werden müssen.

Deshalb ist es umso wichtiger, Entscheidungen vor allem im politischen Raum mit Ruhe und Weitsicht und ohne ideologische Scheuklappen zu fällen. Ob dies der Landesregierung mit der Entscheidung zu Garzweiler II gelungen ist, darf mehr als bezweifelt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Themen dieser Ausgabe

- Seite 1: **Vorwort**
Umsiedelungsverfahren
- Seite 2: **Landesentwicklungsplan**
- Seite 3: **Interview**
- Seite 4: **Kommunalwahl, Termine**

Kommentar: Regionalratsvorsitzender Rainer Deppe zum Entwurf des LEP

Wir brauchen Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten

Fast 300 Seiten stark ist der Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) der Landesregierung. Mit 125 Zielen und Grundsätzen sollen die Raumordnung und die Entwicklung von Nordrhein-Westfalen für die nächsten 25 Jahre gesteuert werden.

Die Regionalräte sind als erste von einem neuen LEP betroffen, denn sie wären verpflichtet, die sogenannten Regionalpläne an die Vorgaben des LEP anzupassen. Städte und Gemeinden müssen sich bei der Aufstellung ihrer Flächennutzungspläne nach den Regionalplänen richten. Eine Stellungnahme des Regionalrates war also zwingend geboten.

Aus Sicht des Rheinlandes ist uns ganz besonders wichtig, das Rheinland als eine starke Wirtschaftsregion weiterzuentwickeln. Davon profitiert ganz Nordrhein-Westfalen. Dafür brauchen wir aber die nötigen Freiheiten, die ein detaillierter, für ganz Nordrhein-Westfalen einheitliche Maßstäbe vorgebender Plan wegen der Vielfalt des Landes gar nicht geben kann. Entgegen dem landesweiten Trend werden die Zentren entlang der Rheinschiene mit den angrenzenden Kommunen und der grenzüberschreitende Raum zu den Niederlanden und zu Belgien auch in Zukunft wachsen. Um die Position des Rheinlands als Wirtschaftsstandort zu festigen und auszubauen, muss auch ein bedarfsgerechtes Flächenangebot für Industrie, Gewerbe, Infrastruktur und Wohnen zur Verfügung gestellt werden. Gemeinsam mit meinem Kollegen, Hans-Jürgen Petruschke, dem Vorsitzenden des Regionalrates Düsseldorf, habe ich seit einigen Monaten dafür geworben, dass

die beiden rheinischen Regionalräte eine gemeinsame Stellungnahme abgeben. Wir haben im Rheinland eine ähnliche Struktur. Wir sind Wachstumsregion und wir wollen uns zu einer Metropolregion zusammenschließen. Unsere Planungsräume waren schon in den vergangenen Jahrzehnten die Regionen mit der größten Wirtschaftskraft, dem stärksten Bevölkerungswachstum und dem größten Zuwachs an Arbeitsplätzen. Wir haben Wert darauf gelegt, dass diese Stellungnahme von einer großen Mehrheit getragen wird. Den gemeinsamen Beschluss, eine (erstmalige) gemeinsame Sitzung und die Zustimmung von CDU, SPD und FDP haben wir erreicht. Gemeinsame Mehrheiten haben wir auch in den weiteren Gremien, in denen ich Mitverantwortung trage, erreichen können. Sowohl die Stellungnahmen des Regionalrates Köln als auch des Rheinisch-Bergischen Kreises wurden jeweils von großen Mehrheiten beschlossen.

Wir erwarten, dass die Landesregierung das Beteiligungsverfahren ernst nimmt und unsere Vorschläge berücksichtigt.

Ihr Rainer Deppe



Rainer Deppe,
Regionalratsvorsitzender

Klimaschutzplan: Arbeitsgruppen lehnen zahlreiche Maßnahmenvorschläge ab

Scheut Landesregierung Auseinandersetzung vor Kommunalwahl?

Im Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans sollen unter Ziel 4.3 „Klimaschutzplan“ Maßnahmen zur Erreichung der landesweiten Klimaschutzziele geltend gemacht werden. Im bisherigen Beteiligungsverfahren zum LEP wusste niemand, was im Klimaschutzplan enthalten sein wird. Langsam kommt etwas Licht ins Dunkle. So hat das Umweltministerium **33 Maßnahmen** von diversen Arbeitsgruppen gutachterlich hinsichtlich ihrer **rahmensetzenden** Wirkung bewerten lassen. Rahmensetzend sind Maßnahmen, die bei Planvorhaben in der Raumordnung als bindende Vorgaben oder als Abwägungsgesichtspunkt berücksichtigt werden müssen. Elf dieser Vorschläge sind

von den Arbeitsgruppen mehrheitlich abgelehnt worden. So sollte bspw. eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht werden, welches den Erneuerbaren Energien bei gleichwertigen konkurrierenden Belangen immer den Vorrang einräumt. Die Arbeitsgruppe votierte mit 21 Nein zu 3 Ja Stimmen. Des Weiteren sollte das Land NRW auf Bundesebene ein Kohle-Ausstiegsgesetz initiieren. 17 Nein zu 6 Ja Stimmen.

Das Ministerium hat daraufhin die für Mai geplante Öffentlichkeitsbeteiligung in den Herbst verschoben und entgeht damit einer öffentlichen Diskussion vor der Kommunalwahl.

Interview: Joachim Diehl geht in den Ruhestand - Vom Regionalrat und BKA verabschiedet

Fazit nach 23 Jahren im Dienst: „Spaß hat es nicht gemacht“

RRR: Herr Diehl, nach gut 23 Jahren dürfen oder müssen Sie die Bezirksregierung Köln verlassen. Wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

Diehl: Ich sehe auf eine höchst interessante Zeit in einer sehr komplexen Behörde mit kompetenten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurück. Mein Aufgabenfeld war nicht immer einfach, vor allem, wenn Sie beispielsweise in Umsiedelungsverfahren direkt über die Schicksale von hundert Menschen entscheiden müssen. Spaß hat das nicht gemacht.

RRR: Hand aufs Herz: Hätten Sie gerne noch einmal verlängert, wenn es das Gesetz zuließe?

Diehl: Mit der Verlängerung um drei Jahre, das Maximum, das das Landesbeamtengesetz zulässt, sollte es dann auch gut sein. Eine Auffrischung mit Jüngeren tut auch einer Behörde gut.

RRR: Der Regionalrat Köln wird in diesem Jahr in seine vierte Sitzungsperiode eintreten. Wie bewerten Sie die Rolle

der Politik in Bezug auf die regionale Entwicklung einer Region? Ist das System in Ihren Augen so richtig angelegt?

Diehl: Die Einrichtung der Regionalräte, die wesentliche Entscheidungen der räumlichen Entwicklung in den Regierungsbezirken treffen halte ich in der Kooperation mit den Bezirksregierungen für sinnvoll und notwendig. Immerhin geht es dabei um Eingriffe in die kommunale Planungshoheit. Das geht nur mit einer entsprechenden Entscheidungskompetenz kommunaler Vertretungen. Für das Ruhrgebiet ist das bekanntlich etwas anders geregelt.

RRR: Was werden Ihrer Meinung nach in Zukunft die großen Herausforderungen für die regionale Entwicklung und damit für die Planungsbehörde und den Regionalrat sein?

Diehl: In der Zukunft wird es darum gehen, einen ver-

nünftigen Anpassungsprozess an die in den Landes- teilen unterschiedlich verlaufende demografische Entwicklung auf der Ebene der Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanung zu steuern, gleichzeitig der wirtschaftlichen Entwicklung und den Erfordernissen einer leistungsfähigen Infrastruktur Rechnung zu tragen.

RRR: So richtig konnten Sie aber doch nicht loslassen. Sie

werden bis 2015 die Geschäfte der neugegründeten IRR GmbH übernehmen und somit weiterhin Berührungspunkte mit der Behörde und dem Regionalrat haben. Was kommt da auf Sie persönlich zu und was wollen Sie bis 2015 umgesetzt haben?

Diehl: Die IRR-Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH ist derzeit in Gründung. Ich freue mich darauf, meine Kenntnisse und Erfahrungen in einen Prozess der Strukturveränderung einbringen zu

können, der im Rheinischen Revier ansteht. Die wichtigsten Themen sind mit der Region definiert, die Umsetzung in Projekte wird eine Aufgabe von Dauer sein, die kontinuierlich entwickelt werden muss. Die an der IRR beteiligten Kreise werden dabei ein gewichtiges Wort mitreden.

RRR: Um es mal raumordnerisch auszudrücken: Nichtsdestotrotz werden Sie in Zukunft mehr Freiraum für Freizeit und Privates haben. Schon Ideen?

Diehl: Mehr Freiraum für Privates wird sein, davon gehe ich derzeit aus. Zeit für Familie, Hobbies und Freunde, was naturgemäß zu kurz gekommen ist.

RRR: Herr Diehl, wir danken für das Gespräch.



Regionalratsvorsitzender Rainer Deppe (rechts) verabschiedet Joachim Diehl in den verdienten Ruhestand

Kommunalwahl: Wahlperiode dauert ausnahmsweise 6 Jahre - Ende 31.10.2020

Neuer Regionalrat konstituiert sich am 19. September

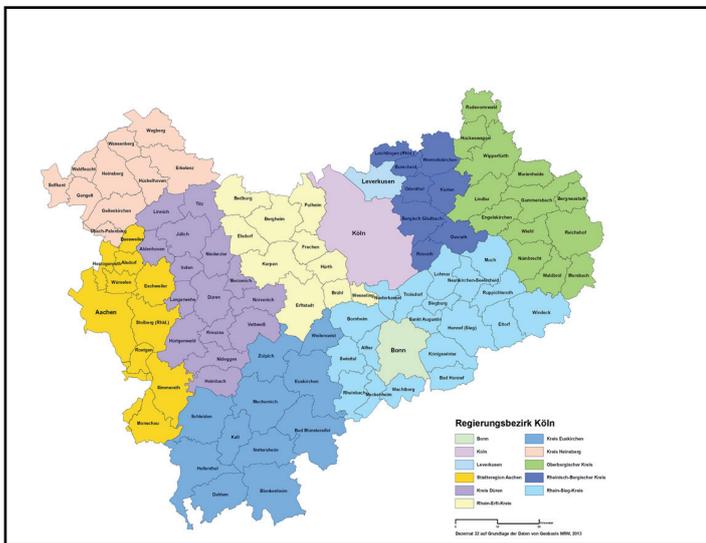
Die Räte der Städte und Gemeinden, die Kreistage, die Bezirksvertretungen in den kreisfreien Städten sowie die (Ober)Bürgermeister/innen und Landrätinnen und Landräte werden am 25. Mai 2014 gewählt.

Bei dieser Kommunalwahl gibt es einige Sonderregelungen, die im Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie vom 9. April 2013 festgelegt wurden. So werden die Räte der Städte, Gemeinden und Kreise sowie die Bezirksvertretungen einmalig für sechs Jahre gewählt, danach wieder für fünf Jahre. Den (Ober-)Bürgermeistern und Landräten, die zusammen mit den allgemeinen Kom-

munalwahlen 2009 gewählt wurden, wird ein einmaliges Rücktrittsrecht angeboten, sodass die Direktwahlen mit den Ratswahlen zusammen gelegt werden können um, zumeist aus Kostengründen, die Wahltermine ab 2020 zu synchronisieren.

Eventuell notwendige Stichwahlen bei der Wahl der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte sind für den 15. Juni 2014 vorgesehen. Als Wahltermin für Bürgermeister und Landräte, die ihr Amt nicht vorzeitig zur Verfügung stellen wollen, wurde der 13. September 2015 festgelegt.

Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des **Regionalrates** ist abhängig von der Einwohnerzahl im Regierungsbezirk. Gemäß § 7 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) wählen die Kreise und kreisfreien Städte je angefangene 200.000 Einwohner ein stimmberechtigtes Mitglied in den Regionalrat. Die darüber hinaus noch fehlenden stimmberechtigten Mitglieder werden über Reservelisten der Parteien entsandt. Die parteipolitische Zusammensetzung der stimmberechtigten Mitglieder richtet sich nach den Ergebnissen der Kommunalwahlen zum Rat in den kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Regierungsbezirks Köln.



Im Regierungsbezirk Köln sind die Bürger der 7 Kreise, 3 kreisfreien Städte sowie die Städteregion Aachen zur Wahl aufgerufen



Termine der Fraktion

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
23. Mai 2014

02. Juni 2014
Unterkommission Rhein-Berg

16. Juni 2014
Unterkommission Ville-Eifel

27. Juni 2014
Regionalratssitzung

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

stellv. Vorsitzender:

Heidi-Rackwitz Zimmermann
(Vorsitzende der Verkehrskommission)
Rhein-Sieg-Kreis

Vorsitzender des Regionalrats:

Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

Franz-Michael Jansen
(Stellv. Vorsitzender der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen)
Kreis Heinsberg

Fraktionsgeschäftsstelle:

Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E- Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de